



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1907**

170 (13.4.1907) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-132940](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-132940)



# Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Parlamentarische Verhandlungen.  
Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

## Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 12. April.

1 Uhr. Am Bundespräsidenten: Graf Posadowski u. a.  
Anschließend wird ein förmlicher Antrag Brandts und Geislers (Voll) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Grafen Michelson (Voll) angenommen.

Sodann legt das Haus die zweite Beratung des Entwurfs des Reichsgesetzes des Innern beim Titel „Gesetz des Staatssekretärs“ fort, wozu bis jetzt 19 Resolutionen vorliegen.

Abg. Bauck (Vollst., Kauf.):

Die Arbeiter der Sozialdemokratie werden den bürgerlichen Parteien vor, sie hätten nichts für die Sozialreform getan. Das ist falsch, was denn die Arbeiter Sozialdemokraten getan haben? Sie haben immer nur das bestmögliche Streben für die bürgerlichen Parteien geübt. Was sie sonst getan haben, ist nur auf die Unterdrückung und Befestigung des Reichthums und des Wohlstandes hinaus. Sie haben sich nicht für die Arbeiter, die Sozialdemokraten haben die Arbeiter abgelehnt, der Arbeiter aber, die auf deren Grundtagen erwacht sind, haben sie sich zu ermöglichen und bei den Arbeitern in ihnen das auch gelungen. Der Abg. Bauck hat zwar eine sehr schöne Rede gehalten, sie enthält aber nicht in der Sprache einer Hochschule als Arbeiter, und die Regierung wie das Parlament behält eine Rolle zum Annehmen, eine überhöhte Gleichberechtigung bringt den damit verbundenen mehr Schaden als Nutzen. Ein Beispiel dafür ist der 14. des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1900, dieser Antrag bewirkt, diesen 14. nicht aufzuheben und die früheren Bestimmungen über die Einzahlung eines Beitrags wieder herzustellen. Die jetzigen Bestimmungen betreffen den Arbeiter, der einen Unfall erleidet, nicht über den wirklichen Bedarf hinaus. Die Sozialdemokraten werden den Arbeitern die Möglichkeit gegen Arbeiterverletzungen geben. So es ist um Lohnforderungen handelt, sind die Arbeitgeber nicht entgegenkommen; wenn aber die Arbeiter sogar verlangen, daß der Arbeiter während der Krankheit die Arbeitsstätte zu verlassen habe, so ist der Arbeiter dann keine Heilung zu erwarten — sie sind im Gegenteil sogar schwerer — durchaus gerechtfertigt. Diese Arbeiterverletzungen des Arbeiter-Wohlfühls haben die Arbeiter nicht mehr beantragt, sich in Arbeiter-Verbindungen zusammen zu schließen, um nicht mehr ganz schuldig zu sein. Die Arbeiter, die der Sozialdemokratie folgen, erkennen für Arbeiter anderer Richtung keine Neutralität an; sie wollen nur den sozialdemokratischen Verband als bezeichnend gelten lassen. Auch die Christlich-Sozialen Gewerkschaften haben diese „Praktischen“ empfinden müssen. Es handelt sich eben bei diesen Kämpfen nicht um die Befreiung der Verhältnisse der Arbeiter, sondern um die Wohlthätigkeit der Sozialdemokratie. Es geht aus den Reden über die Parteilosigkeit der Sozialdemokratie hervor, daß man die Jugend über die Einwirkung in die Dienstverhältnisse sozialdemokratisch verhalten will. Reichsgesetz ist in Mannheim in der Hauptstadt dafür. Wie die Jugend durch diese Vereine mit christlichen Lehren etc. erfüllt wird, nicht das Arbeiterbewußtsein. Ich weiß auf das Herz, daß es in Geld! In die Tücher vor die Welt! (Zurufe links.) Die Reden kennen Sie (zu den Sozialdemokraten). (Anse bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach links) haben mehr Heilung darin. Diese und ähnliche Reden werden, wie ich hoffe, die Jugend geschädigt wird.

Der Antrag Michelson u. Geisler auf Abänderung des Entwurfs des Reichsgesetzes des Innern beim Titel „Gesetz des Staatssekretärs“ entspricht einem alten Wunsch meiner Freunde. Wie werden ihn unterstützen.

Abg. Reich (Voll):

Der Staat nicht hat jetzt in allem; er verhindert die Polen, auf eigenen Grund und Boden zu leben, er bringt in das Eigentum, in die Familie. Das Bewußtsein von sozialdemokratischen Grundsätzen, das der Reichstagler an die Hand gelegt hat, hat bei uns schon in sich selbst. (Zurufe links.) Der Reichstagler hat uns Polen einmal mit Kammer verglichen, wohl deshalb, weil wir für alleinstehende Arbeiterklasse die Verantwortung zu übernehmen müssen. Wie kann man denn oder sagen, daß wir Polen und in Deutschland nicht fühlen? (Zurufe links.) Die sozialdemokratischen Grundsätze an uns sind aber gründlich mitgegangen. Wenn das deutsche Volk gegen den Staatsoberhaupt ist, so sollte es keine Regierung gründen, die das Doppelte leben. Können Sie sich nicht von den Reichsgesetzen von der „politischen Gewalt“ (Zurufe links.) Wir haben eine ruhige Welt (Zurufe links), wir wollen uns nicht in die Zukunft verheißt und wollen uns nur in der Gegenwart des Volkes. Wir haben uns auf die Verfassung...

Präsident Graf Stolberg (unverkündet):

Aber das hat doch mit dem Reichsgesetz des Innern nichts zu tun.

Abg. Reich (Voll):

Meiner Ansicht nach über die höchsten Unterdrückungsmaßnahmen schon den Weg zwingen. Wenn die Regierung den Lohn industriellen will, so mag sie vor allem die Hand von unethischer Industrie lassen. Denn davon beruht sie nicht. Und außerdem ist es immer zu viel Seminare und Versammlungen, die bei solchen Gelegenheiten ihre verwerfliche Tätigkeit wieder ausüben wollen. Hierfür kann man durch die Gefängnisarbeit eine gefahrlose Konkurrenz gemacht. Zum mindesten dürfen die Gefängnisse nur in der Handarbeit verwendet werden, nicht bei Maschinen. Die politischen Handwerker und Geschicklichen werden von den Behörden auf alle mögliche Art disziplinieren und schikanieren. Mehrere dieser in längeren Darlegungen weiter aus und bringt eine Reihe weiterer politischer Klagen vor.

Abg. Dr. Stresemann (noll):

Die Reden über den Etat des Reichs des Innern haben auch in diesem Jahre sich zu einer sozialpolitischen Bewegung erweitert. Wenn der Staatssekretär gegen den Wunsch des Reichs, die Parteien möchten die Regierung bei der Durchführung der ausgedehnten sozialpolitischen Werke in der Form unterstützen, daß sie die in ihren Initiativentwürfen besonders geschilderten Wünsche etwas zurückstellen, so will ich dem gern folgen. Ich vermute es nicht, auf Fragen die meinen Freunden besonders am Herzen liegen, näher einzugehen; das letzte namentlich die Ausgestaltung der Gesetzgebung für die technischen Angehörigen und die Privatbeamten. Insbesondere wäre hier wichtig die Regelung der Arbeitzeit in den Kolonnen und die Pensionsversicherung der Privatangehörigen. Ich hoffe, daß wir

mit dem von den Privatangehörigen eingesetzten Ausschuss, der schon viel nützliches Material gesammelt hat, auch in Zukunft werden zusammen arbeiten können, um eine Einigung dieser verschiedenen Fragen anzubahnen. In der gestrigen Verhandlung sind nicht nur eine Reihe von Detailfragen berührt worden, sondern auch einige grundsätzliche Fragen. Insbesondere hat Herr Abg. Bauck das Verhältnis der Arbeiter zum Industriekapital besprochen. Das halte ich für sehr wichtig.

Denn von der Zustimmung oder Verneinung dieser Grundfragen hängt ja doch auch das Schicksal der Detailfragen ab. Graf Bauck hat am 8. Februar v. J. einem großen Publikum aus dem Hause über die Stellung der Sozialpolitik. Er sieht die angestrebte Wirkungslosigkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht begründet in mangelnder Opferwilligkeit der höheren Klassen, sondern in dem Fortschreiten der industriellen Entwicklung in Deutschland. Zum Beweis führte er an, daß die Großstädte mehr und mehr in die Hände der Sozialdemokratie übergingen, und ganz besonders wies er auf das Abwärtigen Sachfen hin, indem er dem Hause zeigte: „Sehen Sie sich doch die Vertretung dieses Industriehauses aus 24 Abgeordneten sind 22 Sozialdemokraten. Da können Sie doch über die Wirkungslosigkeit der Sozialpolitik nicht mehr im Zweifel sein.“ Ich möchte die bestimmende Auffassung des Hauses nicht so leicht abweisen, wie es die Wirkung der Sozialpolitik mit auch auf den mangelnden Zusammenhang zwischen industrieller Entwicklung und Sozialdemokratie zurückzuführen. Wir sehen doch, daß sich eine große Zahl von Arbeitern von der Sozialdemokratie sehr abwandelt hat. Es ist eben nicht ohne Grund auf sie gekommen, daß sie dort sitzen konnten, wie gerade in Deutschland die bürgerliche Mehrheit nicht mehr für die arbeitenden Klassen geht, als in den anderen Ländern Europas. (Zurufe links.) Namentlich diese Ansicht ist nicht so, um so mehr gerichtet sich dabei auch die Reden des Grafen Bauck. Ich möchte nicht als Mann einer Weltanschauung, die ein Abgeordneter gewählt werden könnte, der nicht eine große Zahl von Arbeitern auf sich vereinigt. (Zurufe links.) Wir alle sind auf den Schultern eines großen Teils der arbeitenden Arbeiter herabgekommen. Unter den 15.000 Stimmen, die in der Stichwahl in meinem Wahlkreis auf den nationalen Kandidaten entfielen, waren 4.000 Arbeiterstimmen. Das ist nicht nur ein großer Reichtum, als wenn ich aus Grund des Dreiklassenwahlrechts Mitglied des Reichstages geworden wäre. (Zurufe links.) Je mehr man also die dreiklassigen sozialpolitischen Anforderungen der Arbeiter erfüllt, um so weniger darf man die industrielle Entwicklung beschränken, in der Bewegung, daß darin eine Stärkung der Sozialdemokratie liegt. Ich bin jetzt besorgt über die Wirkung, von der Abg. Bauck als unvollständig betrachtet, sich Weisung zu verschaffen, daß am letzten Ende die Interessen der Arbeiter und Arbeiternehmer sich vereinigen müssen. (Zurufe links.) Man muß daher auch auf den sozialpolitischen Gebieten die Mittel finden, welche den bürgerlichen Interessen entgegensteht, man darf nicht, wenn man den Sozialdemokraten die Mittel des einzelnen Reiches gegen die Arbeiter über die Arbeitsbedingungen und sozialen Verhältnisse wissen, sondern sie auch zugleich gewonnen sein von dem Gedanken, daß es ein lebendiges Interesse der Arbeiter ist, daß die Industrie als solche in die Höhe kommt. (Zurufe links.)

Der Staatssekretär hat auf dem Reichstag des Deutschen Reiches sich sehr entschieden über die Einführung von Handarbeit und Industrie geäußert. Ich würde nicht wissen, wenn es möglich, diesen Sachstand aufrecht zu erhalten. Wir müssen aber wohl etwas Wasser in den Wein dieser Gesetzgebung tun. Die Hoffnung, daß wir weiteren Sachstand aufrecht erhalten können, dürfte sich nicht erfüllen, wenn es nicht gelingt, eine weitere Stärkung der industriellen Produktion zu erreichen. Die Handarbeit ist nunmehr nicht mehr in besserer Lage, aber das Interesse der Handarbeit ist mit einer Reihe von günstigen Maßnahmen zusammen geflossen, von denen wir nicht wissen, ob sie ausreichen werden. Die gemeinsame soziale Konjunktur ist eine Zeitungsfrage. Die deutsche Frage, in die Richtung von gewöhnlich durch die Handelsverträge geht, kann es nicht ausbleiben, solange die Abwertung dieser ungenügenden Körper läßt. Reichsgesetz ist noch nicht zu einem neuen Schritte mit uns gekommen. Wenn einmal diese internationalen Bedingungen nicht mehr da sind, wird es nicht, ob nicht jene Bedingungen zur Tat werden, die der Reichstagler andeutet, als er sagte, er hoffe von der Intelligenz des deutschen Kaufmanns und des deutschen Industriellen, daß sie die Schwierigkeiten, die aus den Verträgen erwachsen, überwinden würden. Bei der Internationalität der Privatbeamten habe ich darauf hingewiesen, daß unter dem Stand als Ausführenden darüber nicht so stänigend ist, daß wir nicht auf die grundsätzliche glückende Zukunft rechnen können, sondern daß wir uns die Aufgabe jedes Jahr aufs neue erobert müssen. Deshalb bitte ich den Staatssekretär Reich u. Posadowski, den Reichsgesetz, die auf eine Förderung der deutschen Industrie gehen, seine Bestrebungen nicht zu verlassen. Wie haben bereits eine Zentralanstalt für die Fragen der Reichsregierung, des Handels und der Industrie eingerichtet. Graf Posadowski erwiderte damals, er könne dieser Frage erst näher treten, wenn ein genauerer Plan dafür vorliege. Er hat hingegen eine derartige Stelle hätte Auskünfte so detaillierter Natur zu geben, daß dafür die Reichsregierung auf diplomatischen oder internationalen Gebieten nicht befristet gemacht werden könnte; man möge erst dahin wirken, daß diese Einrichtung, wenn auch mit Reichsunterstützung, aus der Initiative der Industrie hervorgehe, und hierüber aus eigenen Kräften des Handels und der Industrie geschaffen werde. Es ist mir unangenehm, daß demnach nähere Ausführungen darüber in der Sache verfrüht werden sollen, daß unsere früheren Schritte beschlossen haben, genau im Sinne des Grafen Posadowski eine solche Zentralstelle zu begründen. Ich hoffe, daß der Staatssekretär seinen Versprechen gemäß, wenn er von dem Programm der Reichsregierung zur Förderung der Industrie und des Handels Kenntnis nimmt, dann auch von Reich wegen die Mittel zur Verfügung stellt als Beitrag zu den Gesamtkosten. Den größten Teil der Kosten einzubringen, ist die deutsche Industrie bereit. Die Förderung einer solchen Reichsindustrialzentrale würde schon einmal erhoben. Im gemeinsamen Etat sind 50.000 Mk. zur Förderung von Handel und Industrie eingelegt; speziell bezieht sie sich aber auf die Förderung der Baumwollindustrie in unseren Kolonien. In den weiteren Kreisen der Industrie hat die Meinung verbreitet, daß das, was das Reich tut, nur praktisch wirken kann, wenn die einzelnen Stellen nicht bürokratisch arbeiten, sondern in lebendiger Wechselwirkung mit den Handelsunternehmungen. Vorbildlich sind in dieser Richtung die amerikanischen Hauptstädte, die im selben Sinne des Wortes auch männliche Agenten für die vereinigten Staaten sind. Die Nachrichten für Handel und Industrie haben nur eine kleine Aufgabe. Wenn man bedenkt, daß sie unentgeltlich gegeben werden,

sollte man erwarten, daß die Kaufleute sie rege begehren würden. Daß das aber nicht der Fall ist, liegt vielleicht daran, daß die Mitteilungen über Vergabe und Abfertigung mit statistischen Mitteln zusammengearbeitet sind, die den Kaufmann zunächst nicht interessieren. Gänze eine Trennung in der Weise hätte, daß den Kaufleuten nur die neuen Vergabeungen zugeandt würden, so würde sicherlich der Begehre erheblich steigen. Das Gage müßte übrigens auch besser sein. Jetzt erwidert es das Auge.

Eine gewerblich-technische Reichsbehörde in ein Bedürfnis. Die Deutscher, die darüber der Regierung gegangen ist, soll demnach von hervorragenden Sachverständigen ergänzt werden. Ich bitte dieser Frage jedenfalls Beachtung zu schenken. Sie entspricht keiner augenblicklichen Raum, sondern einem Jahrzehnte gehegen Wunsch. Der Verein zur Förderung der Interessen der chemischen Industrie hat schon 1896 eine solche Eingabe gemacht, bald darauf auch der Verein deutscher Ingenieure. Man hofft davon eine einheitliche Vertretung der verschiedenen und verschiedenen Vorständen über Handel und Industrie, deren Ausübung jetzt den Einzelstaaten überlassen ist und die vielfach ohne praktische Kenntnis gehandhabt wird. Man hätte eine getrennte, die physikalisch-technische Reichsbehörde eine solche Behörde werden könnte, sie ist aber ein rein theoretisch-wissenschaftliches Institut geworden. In der Deutscher ist offen gelegen, ob die neuwärtige Behörde ein besonderes Reichsamt oder eine Abteilung des Reichsamts des Innern werden soll. Die einheitliche Regierung ist wichtig.

Die Lohnabfindungsfrage haben sich nicht beliebt gemacht. Die Arbeiter werden von den Arbeitgebern noch von den Arbeitgebern getrennt. Die Arbeiter denken gar nicht daran, die Lohnabfindungsfrage mit nach Hause zu nehmen. Beide Teile sehen darin nur eine Quelle der Vergütung. Man sollte diese Einwirkung der Arbeiter daher möglichst bald wieder lassen.

Für eine Regelung der Heimarbeitverhältnisse ist es nicht so einfach, wie es sich anhört. Ich weiß, daß es nicht ein unerschütterliches Erfolg, sonst nicht die den Heimarbeitern wenig. Bei dem Studium des Gesetzesentwurfs, der hier von den verschiedenen Parteien eingebracht ist, bin ich der Meinung nicht so geworden, als wenn es im wesentlichen abgeschlossen sei auf die Reichsämter in der Reichsregierung, aber gar nicht z. B. auf die im industriellen Erzeugnisse und Logistik. Ich würde vorziehen, daß man, um ein richtiges Bild zu bekommen, in der Kenntnis der Arbeiter selber befragt. Das Komitee dieses Gesetzes ist in der Untersuchung der Heimarbeit auf die Heimarbeit. Das wäre einmal ein positiver Fortschritt in der Sozialpolitik.

Durch die Verhandlungen über das Reichsamt des Innern habe ich wie ein roter Faden das Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitgebern, wie es sich angeht der fortschreitenden Kapitalkonzentration erwäge. Herr Bauck hat gestern abendlich ausführlich hervorgehoben, daß in der Bergbauindustrie, in der Eisen- und Metallindustrie die Verhältnisse anders liegen. Wenn man aber den Einwand der Rede des Herrn Bauck betrachtet, die Zustimmung, die sie erlangen muß, wenn sie ins Volk hinausgeht, dann möchte man auch ihr einsehen, daß die wirtschaftliche Entwicklung heute kaum anders als auf einer solchen Konzentration beruhen könnte, daß der Arbeiter heute schon in allen Betrieben zu einer bloßen Nummer herabgewandert sei. Diese Auffassung habe ich aber für eine den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechende. Wenn in den Kreisen der angesehenen Sozialpolitiker von der deutschen Industrie gesprochen wird, so ist es man gar zu häufig wie im Mittelalter nach Rheinland-Westfalen, auf Elbe und Weser, auf das Ruhrgebiet und den Stahlgürtel, Berlin etc. aber einmal auch Jena und auf das Rheinisch-Westfälische Gebiet; ganz im Industriegebiet von 1897; 300 Millionen können da auf 1 Quadratkilometer. Wäre das ganz Deutsche Reich ähnlich dicht besiedelt, so hätte es 102 Millionen Einwohner! Wie Sachfen hat bereits eine industrielle Entwicklung ermöglicht, die den meisten Reichsteilen noch fehlt. Aber wie liegt es das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern? Da ist der einzige noch nicht eine Zahl, die haben wir vielfach noch ein verhältnismäßig Verhältnis zwischen Unternehmern und Angestellten. In Sachfen haben wir heute noch eine Generation von Arbeitgebern, die gesehen hat, wie ihr eigener Betrieb aus dem Handwergel emporgewachsen ist, wir haben da noch 300 Arbeitbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von 50 bis 300 Arbeitern. Eine Kartellierung finden Sie in Sachfen nicht. Die Reichsindustrialpolitik hat die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter zwar fortgesetzt erhöht, daß aber die Entwicklung so weit nicht mehr vorgezeichnet ist, wie es gestern nach der Rede des Herrn Bauck hervorgehoben wurde. Daher treffen auch die Deduktionen des Herrn Bauck nicht auf das Gesamtbild der Arbeiter und Unternehmern zu. Herr Bauck sagte, man müsse sich damit drängen, daß der Arbeiter von dem Inhaber des Industriekapitalierens in den des Industriekapitaliers komme. Er hat seine Kräfte auf die Arbeit-Industrie-Gesetzgebung, die die wirtschaftliche Produktivität des Landes erhöht habe. Obgleich ich in der Meinung, daß wir bei allem, was wir in der Gesetzgebung schaffen, die physischen Momente nicht unterschätzen dürfen. Ich habe schon bei der Gelegenheit der Erklärung für die Privatbeamten gesagt, die Wirtschaftlichkeit der Angestellten komme der Produktion selber zu Gute. Aber die Produktion besteht doch aus zwei Faktoren, aus den Angestellten und den Unternehmern. Wenn ich mir jenes Wort des Industrieparlamentarismus in die Tat umgesetzt denke als die sozialistische Partei mit demokratischer Verfassung, so darf man doch nicht außer Acht lassen, daß der Arbeiter, der das ganze Risiko trägt, die Direktoren im Innern des Reiches sich nicht nehmen lassen kann. Wenn z. B. von einem Majoritätsbeschlusse das abhängige gemacht werden soll, ob erwerbende Maßnahmen angekauft werden sollen usw., dann bilden sie den Unternehmer selbst in seiner Stellung heraus, daß ihm die Initiativ verloren geht, die für den Fortschritt der Produktion notwendig ist, und die erreichen nur ein Resultat in der Produktivität der deutschen Industrie.

Denn schließlich ist doch nicht nur der Egoismus der treibende Faktor, sondern auch die Peculiarität, die der Einzelne in der Ausführung seines Berufs findet. Man darf nicht Bestimmungen, die für Reichsbedürfnisse sind, in denen ein verständliches Verhältnis abgeben nicht mehr möglich ist, auf sämtliche Verhältnisse übertragen wollen. Im übrigen glaube ich, daß die Ausführungen des Herrn Bauck, sowohl was die Fortführung der Sozialpolitik als auch was die Forderung der Neutralität anbelangt, durchaus die Zustimmung des Hauses finden können. Das Reichsamt ist in der Tat ein Reichsamt für den modernen Arbeiter. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber an die Herren von der äußersten Linken eine Bitte richten. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist zu einer ungeliebten Quelle gelangt; sie ist die größte noch der englischen. Wenn der Gewerkschaftsbund eine derartige Entwicklungskraft bewirkt hat, dann lassen Sie aber wenigstens dem einzelnen Arbeiter die Freiheit, sich des-

festen beruflichen Organisation anzuschließen. Die er für die Zweckmäßigkeit hält. Heute bedarf es eines großen Aufwandes von Zeit, um z. B. in Dresden oder Chemnitz als Hilfs-Dauerarbeiter in einer Fabrik zu arbeiten. Es ist sonderbar, daß die Sozialdemokratie, die die Freiheit der Persönlichkeit als ihr Grundprinzip betrachtet, diese Freiheit nicht mehr anerkennt, wenn sie sich in nichtsozialdemokratischem Sinne äußert. Herr Weibel sagte, er könnte keinen Terrorismus oder politischen Vandalismus dulden. Wie ist es bei seinem maßgebenden Einfluß aber dann möglich, daß die „Mannheimer Volksstimme“ die Namen von 34 Straßenbahnen aufzählt, die es verlangt haben zu sagen, daß sie Dr. Frank nicht wählen würden (hört! hört!), die die „Volksstimme“ also gewissermaßen der Verachtung preisgibt! Wenn wir den Ursachen nachforschen, weshalb so viele Arbeitgeber immer noch nicht die Organisation der Arbeiter anerkennen wollen, dann dürfte man sehen, daß dies nicht aus Ablehnung des Grundgedankens der Organisierung geschieht, sondern weil die freien Gewerkschaften als Anhängel der sozialdemokratischen Partei betrachtet werden und man den Terrorismus der Sozialdemokraten an den Arbeitstätten fürchtet.

Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, daß Arbeitgeber bestimmte Arbeiter entlassen möchten, weil sie wüßten, daß die Folge davon wäre, eine allgemeine Arbeitseinstellung zur Folge haben würde. In einem Falle wurde ein organisierte Arbeiter von einem organisierten Kollegen mit einer glühenden Fackel gemißhandelt, und es wurde darauf von dem Arbeitgeber verlangt, nicht etwa, daß er den Täter, sondern den Mißhandelten entlassen sollte. (Hört! hört!) Solche Dinge lassen es als erklärlich erscheinen, wenn ein Teil der Arbeitgeber sich nur ungern zur Anerkennung der Gewerkschaften entschließt. Es wird ja sogar von manchen Gewerkschaften gefordert, daß die Unternehmer keinen Arbeiter mehr aufnehmen, der einem Arbeiterverein, einem Hilfsverein oder einem politischen Gesangsverein angehört. (Hört! hört!) Das ist denn doch eine etwas merkwürdige Auslegung des Begriffs der persönlichen Freiheit, und man muß verlangen, daß die Gewerkschaftsführer solchen Ausschreitungen entgegenzutreten. In der wachsenden Skandalisierung der Arbeiter und Arbeitgeber sehe ich eine Gefahr für den sozialen Frieden nicht in dem Sinne, wie es der Hrn. Weibel getan hat. Ich halte vielmehr die heidnisch ausgeübte Organisation für notwendig zum Abschluß von Tarifverträgen, die ganz gewiß ein Instrument des sozialen Friedens sind. Der Unabwärtigkeit wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht sowohl die Arbeiter wie auch die Arbeitgeber zu 50 Prozent organisiert gewesen wären. Je mehr sich die Organisationsentwicklung, um so größer wird auf beiden Seiten das Verantwortlichkeitsgefühl, umso mehr wird man geneigt sein, einem Streit, der beiden Seiten die größten Opfer auferlegt, den ehrenvollen Frieden vorzuziehen.

Angesichts der Schwächung, welche die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen erfahren hat, darf man auch in den Arbeitervertretungen nicht mehr lediglich Vertretungen der Sozialdemokratie sehen, und wenn wir die Sozialpolitik fördern, so werden wir zu einer noch weitgehenden Wandlung unserer innerpolitischen Lage kommen. Eine Partei, die auf dem Boden des Gegenwärtigen steht, kann eine beachtliche Niederlage wohl überwinden, nicht aber eine Partei, die lediglich reagiert, die auch an der positiven Sozialpolitik nicht mitgearbeitet hat, die immer nur auf die Ablösung des Gegenwärtigen durch den von ihr gepredigten Umsturz der Ordnung und den Kollektivismus hinzieht. Ich glaube deshalb auch, daß die Sozialdemokratie jetzt weiter denn je von der Erfüllung ihrer Zukunfts Hoffnungen entfernt ist. Je mehr wir gute Sozialpolitik treiben, um so leichter werden wir die Sozialdemokratie überwinden. Auch wenn die Sozialpolitik nur schrittweise verfolgt werden kann, so gehört sie doch zu jener Arbeit, von der das Wort gilt:

„Dah sie zum Bau der Ewigkeit  
starr Sandkörn nur an Sandkörn reißt,  
daß von der großen Schuld der Zeit  
Minuten, Stunden, Tage streicht.“

(Rechtlicher Beifall)

Unterstaatssekretär Wermuth:

Wenn der Redner mitgeteilt hat, daß die drei großen Verbände der deutschen Industrie eine Zentralauskunftsstelle für den Handel zu gründen gedenken und in den nächsten Tagen dem Reichsamt des Innern eine hierauf bezügliche Eingabe machen wollen, so kann ich nur erklären, daß wir dieser Eingabe mit Spannung entgegensehen. Die Reichsverwaltung wird mit einer solchen Initiative mit besonderer Freude Hand in Hand gehen. Was die Frage der materiellen Unterstützung dieser Zentrale durch das Reich anlangt, so wird es sich darum handeln, welches klare Programm aus die Zentrale vorlegt. Es wird darauf ankommen, ob die Zentrale sich die Erstellung von Auskünften über allgemeine Zollverhältnisse, Eisenbahnerhältnisse und Abfuhrinteressen zur Aufgabe macht, oder ob sie Auskunft über die Aufkündigung von Gesellschaftsverbindungen mit bestimmten Firmen geben will. Auch in letzterem Fall wird es Aufgabe des Reiches sein, alles zu tun, um den Handel zu fördern. Eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an der Zentrale wird aber schwer durchführbar sein. Zum mindesten müßte mit besonderer Sorgfalt die allgemeine Auskunftserteilung von der freigestelltem abgetrennt werden.

Bezüglich der „Nachrichten für Handel und Industrie“ kann ich mitteilen, daß ihre Verbreitung sich in den letzten Jahren wesentlich gehoben hat. 1890 wurden sie in 2200 Exemplaren aufgelegt, jetzt in 4200.

Sie gehen nicht nur den Handelskammern und einzelnen großen Firmen, sondern auch allen großen Vertriebsorganen an. Immerhin finden sie noch in manchen Industriezweigen nicht die gebührende Berücksichtigung. Ich bin daher dem Vorredner für seine Anregung sehr dankbar. Ueber die gewerblich-technische und chemisch-technische Anstalt wird sich der Staatssekretär ja selbst noch äußern.

Hrn. Weibers (Zit.):  
meint, daß das Programm des Staatssekretärs gewiß im ganzen Sinne mit großer Freude begrüßt werden würde und wüßte die Angriffe, die die Hrn. Weibel und Weibel gegen das Zentrum erhoben haben, zurück. Jedem befürworte er eine Resolution, in der der Reichsanwalt aufgefordert wird, Untersuchungen durch den Reichsanwalt für Arbeitslosigkeit über die Arbeitsverhältnisse in den Holz- und Hüttenwerken zu veranlassen. In den Holz- und Hüttenwerken herrschten oft trostlose Zustände, so seien ihm aus Vorkriegszeit Werken Dinge berichtet, die er sich schme, hier vorzubringen, aber er sie näher untersuchen hätte. Konkrete müßte die Arbeitzeit in den Hüttenwerken geregelt werden, für die schwere Arbeit am Feuer bei der Hochdruckzeit das richtige. In England sei es gerade die Eisenindustrie, in der die besten Verhältnisse herrschten, in Deutschland sei es gerade umgekehrt.

Hrn. Gänther (frei. Sa.):

Ich muß einige Bemerkungen meines hiesigen Kollegen Stresemann richtig stellen. Wenn die Sozialdemokraten 1906 in Sachsen so große Erfolge zu verzeichnen hatten, so lag das nur an dem Mistrauen, das man in Sachsen allgemein gegen das Ministerium hatte. Wenn die Wahlen jetzt anders ausgefallen sind, so liegt das daran, daß dieses Mistrauen geschwunden ist, und ich möchte meine Freunde im Reichstage auffordern, dafür zu sorgen, daß in Sachsen der Arbeiter ebenfalls Recht hat, wie jeder andere. Auch ich wünsche, daß die Arbeit über Bergbau von Lieferungen im Ausland weiter ausgebaut wird. Meine Freunde haben eine Resolution eingebracht, in der eine Regelung des Submissionswesens gewünscht wird, in Beziehung an die in Dresden erlassenen Bestimmungen, durch welche insbesondere durch Teilung der ausgeschriebenen Lieferungen und Arbeiten in zunächst kleine Lose den Angehörigen des gewerblichen Klein- und Mittelstandes die Beteiligung an Lieferungsverfahren ermöglicht wird. Hiermit vertritt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend 11 Uhr.

Personlich bemerkt

Hrn. Dr. Frank (Soz.):

Der Hrn. Dr. Stresemann hat behauptet, daß in der „Mannheimer Volksstimme“ die Namen von 34 Straßenbahnen genannt seien, weil sie es verlangt hätten, zu erklären, daß sie nicht wählen wollten. Ich stelle fest, daß diese Behauptung im objektiven Widerspruch mit der Wahrheit steht. Ich habe die betreffende Nummer der „Volksstimme“ hier. Es sind dort 34 Straßenbahnen genannt, aber nicht weil sie nicht wählen wollten, sondern weil sie nach der Ansicht des Verfassers einer ähnlichen Straßenbahnerorganisation angehören. Mit der Zahl hat das nichts zu tun.

Schluss 6 Uhr.

# Verlobte

und Interessenten

bitten vorher nicht zu kaufen, ohne unser reich assortiertes Lager besichtigt zu haben.  
Kein Kaufzwang. — Reelle Bedienung. — Außerst preiswürdig.  
Anerkannt, solide und geschmackvoll gearbeitete Fabrikate. Unbeschränkte Garantie.  
**W. Landes Söhne, Möbelfabrik**  
Tel. 1163. MANNHEIM Q 5, 4.  
Größtes Etablissement für komplette Wohnungseinrichtungen.

## Zur Ausstellung:

Besonders hierfür gefertigt: Fremdenzimmer u. Schlafzimmer

Vereinfachung des ganzen Wäsche-Verfahrens. Halbe Arbeit!	<b>W</b> er Wunderschöne Wäsche Wünscht	<b>W</b> ende Wöllner pul- ver an!	Jeder Versuch führt zur dauernden Ver- wendung.
Überall zu haben Chemische Fabriken und Putzwollwerke Ed. Wöllner, Rheingebirgs-Ludwigsbafen a. Rh. 25 Pfg. per 1 Pfd.-Paket			

### Einen schönen Teint

erhält man einzig durch meine neue Erfindung. Nach drei Sitzungen von je 1 1/2 Stunden erzielt man das schönste jugendliche Aussehen. Empfohlen von allen Autoritäten auf diesem Gebiete.

**Frau Dr. Rosenthal-Rapp,**  
C 4, 10, 2 Treppen. 47644  
Telephon No. 320.

### Für den Haushalt und Festlichkeiten

empfehle in Flaschen, Syphon u. Gebienden:

**Bäcker Augustbräu,**  
**Fürstenbergbräu (Tafelgetränk S. M. d. K.)**  
**Pilsener Kuls rqueil.**  
**Kuimbacher (Erste Actienbrauerei, la. Export),**  
**Durlacher Hofbräu Mannheim, 70371**  
**Weine, L'gönne in allen Preislagen.**  
**Niederlage des Selzer-Brunnens Grosskarben.**  
**Bier- u. Weinhandlung F. E. Hofmann**  
S 6, 33, part. Tel. 417. S 6, 33, part.

### Fröbl. Kindergärten, F 1, 11

Beginn des Sommerhalbjahres Montag, den 8. April. — Aufnahme von Kindern jederzeit.  
Honorar pro Monat 4 Mk.  
Freiposte sind bei der Postkarte zu haben. 71019

Seit 1. April 1907 befindet sich mein Bureau  
**Litera N 3 Nr. 3**  
Dörzbacher, Rechtsanwalt.

### Wäsche

Erstlings-  
In grosser  
Auswahl  
billigst  
Unterkleider etc.  
Höchste Leistungsfähigkeit  
durch gemeinschaftlichen  
Gruppenkauf.

**Fritz Schultz,** Schwetzinger-  
strassen 111/113  
Mitglied des Allgem. Rabatt-Spart-Vereins.

### Geschäfts-Aufgabe.

Mein seit 30 Jahren bestehendes  
**Tuch- und Buxkin-Geschäft**  
soll vollständig anverkauft werden.

Die Preise für meine bekannt soliden Stoffe sind sehr  
**billig** zurückgesetzt. 71190  
Das Lager ist mit allen Neuheiten der Saison ausgestattet.

**D 4, 6 A. Mosbacher D 4, 6**

Dringlichst meine best  
bewährten  
**Gritzner-  
Räder**  
In empfehlende Erinnerung.  
Dieselben sind erstklassige Fabrikat, stabil gebaut und  
doch sehr leicht laufend. — Von einfacher bis zur feinsten  
Ausführung mit weltbekannter Garantie.  
Interessenten laden zu deren Besichtigung ohne jeden  
Kaufzwang freundlichst ein.  
Reparaturen werden schnell, prompt und  
billig ausgeführt. 63329  
**G 4, 1 Gritzner-Niederlage** Teleph. 1248

### Zahnarzt Mylius

wohnt jetzt  
**O 3, 4<sup>a</sup> Planken**  
neben Mohrenapotheke. 6210  
Telephon 3065.

### Gefichtshaare und Warzen

werden für immer  
entfernt nur durch  
Elektrische unter Ga-  
rantie des Niewieder-  
kommens  
System Dr. Classen  
Edmeyer'sol!  
Keine Narben!  
Elektrische Gesichtsmassage, Vibrationsmassage  
nach Dr. Johannsons.  
**Frau Ehrler, S 6, 37.**  
Spezialistin für Hauterkrankungen  
Nährliche Präpar.  
Auf Wunsch auch außer dem Hause.  
Bei Nichterfolg Honorar zurück.

### Ruhrkohlen u. Koks

deutsche u. englische Anthracit  
liefern in bester Qualität zu billigsten Preisen nach Hans.  
**August & Emil Nieten**  
Kontor: Luisenring J 7, 19. Lager: Fruchtbahnstr. 22/35.  
Telephon Nr. 217. Telephon Nr. 3023.

### Berufsmässige Damenschneiderei- u. Zuschneidekurse

für Frauen und ältere Mädchen  
beginnen am 15. April und 1. Mai ds. Js.  
**Hochschule Szudrowicz, N 3, 15.**

